

sundheitsprogramm wirkt, haben wir uns für den härtesten Erfolgsmesser in der Medizin entschieden: die Sterberate“, sagt Lang. Das Ergebnis war eindeutig: Für Absolventen des Gesundheitsprogramms war das Risiko, vorzeitig zu sterben, um bis zu 17 Prozent niedriger als bei der Vergleichsgruppe.

Für Lang gehören Stress- und Gesundheitsmanagement deshalb zu den großen Führungsaufgaben in den Chefetagen aller Unternehmen. Der demografische Wandel, gekoppelt mit der weiteren Beschleunigung der Arbeitswelt, lasse den Managern gar keine andere Wahl.

Aber nicht alle hatten so viel Glück wie SPD-Mann Björn Engholm. Der einstige Kanzlerkandidat sitzt in der Küche seiner Wohnung mit Blick auf den weitläufigen Garten am Rande von Lübeck. Während seiner Zeit als aktiver Politiker nahm sich der heute 71-Jährige immer wieder Auszeiten. Abends hieß es für ihn: „Schluss für heute!“ Dann streifte er sich den Rollkragenpullover über, schlüpfte in Jeans, besuchte Ausstellungen, Konzerte, traf sich mit Freunden und Künstlern, um „in anständigen Kneipen auch mal ordentlich einen reinzuhauen“. Deshalb haftete ihm stets das Etikett an, ein Schöngest und Teil der Toskana-Fraktion zu sein – obwohl er nur einmal im Leben Urlaub in Oberitalien gemacht hat. Es war Engholms Lebensstil, der dem schon damals hektischen Politikbetrieb suspekt war.

Heute hören ihm Personalvorstände gerade wegen dieses Lebensstils zu. „Ich habe mit dem Thema mannigfaltig Erfahrungen im Freundeskreis gemacht“, sagt der Anti-Burnout-Berater Engholm. „Ich selber bin halbwegs verschont geblieben, trotz mancher Krisen.“ Er habe stets darauf geachtet, dass sich sein Leben nicht nur um den Beruf drehe.

Heute erschaffe die rasende Gegenwart Menschen, die versuchen, schon mit 26 Jahren Promotion und mehrjährige Auslandserfahrung vorweisen zu können. Das soll totale Flexibilität und geringe persönliche Ansprüche signalisieren. „Wer sich so unter Druck setzt, der gehört zu den Kandidaten, die eines Tages Hilfe brauchen“, sagt Engholm.

Wenn er manchmal bei Vorstellungsgesprächen in den von ihm beratenen Firmen dabei ist, fragt er die Bewerber, was sie zuletzt im Theater gesehen haben, welches Buch sie lesen oder ob sie sich sozial engagieren. Meist lautet die Antwort: keine Zeit.

Solche Anreize aber erhöhten die Kreativität, diese Selbstregulierungsfähigkeit schwinde bei vielen: „Die Leute müssen wieder lernen, dass ihr Zugang zur Welt nicht allein das Internet ist, sondern die Summe ihrer fünf Sinne: sehen, hören, riechen, schmecken, tasten.“

MARKUS DETTMER, JANKO TIETZ



ENERGIEPREISE

# Die Milchkafee-Lüge

Die Öko-Wende wird teurer, als die Bundesregierung ihren Bürgern vorgaukelt. Gleichzeitig fließt der Großteil der Fördermilliarden in die ineffiziente Solarenergie.

Atomkraftwerk Unterweser: „Wir versenken Milliarden“

Auf der Baustelle gab es Freibier und Rostbratwürst, dann erschien der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, und schließlich kam sogar die Sonne hinter den Wolken hervor. Wenn das kein gutes Zeichen für Oberfrankens Aufbruch ins Solarzeitalter war.

Es herrscht Grundstimmung in Deutschland, der Energiewende der Bundesregierung sei Dank. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass irgendwo der Grundstein für einen neuen Solarpark, eine weitere Biogasanlage oder ein noch größeres Windrad gelegt wird. Im oberfränkischen Fesselsdorf, wo Seehofer gerade den ersten Spatenstich tat, soll in den kommenden Monaten eine der größten Photovoltaikanlagen Bayerns entstehen.

Der Plan der Bundesregierung sieht vor, den Öko-Anteil an der Stromerzeugung bis 2020 auf 35 Prozent zu erhöhen. Es handelt sich um ein in jeder Hinsicht ambitioniertes Ziel. Nicht nur, dass die Naturstromkapazitäten binnen weniger Jahre verdoppelt, die Netze ausgebaut und neue Stromspeicheranlagen installiert werden müssen. Die ganze Energiewende soll auch praktisch nichts kosten, da sind sich die Koalitionspartner Union und FDP einig.

„Die Kilowattstunde Strom wird nach unseren Berechnungen um lediglich einen Cent teurer werden“, sagt Bundes-

wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP). Beim Durchschnittshaushalt entspreche das gerade mal einem Milchkafee pro Monat, heißt es bei Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Deutschland schaltet ruck, zuck auf Ökostrom um, und das zum Fast-Nulltarif – welcher Politiker aus dem bürgerlichen Lager hätte das vor wenigen Monaten für möglich gehalten?

Doch die offizielle Rechnung stimmt offenbar vorn und hinten nicht. Nach Einschätzung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) hat die Politik die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien viel zu niedrig angesetzt, den Umweltnutzen hingegen systematisch übertrieben.

Die Fachleute des RWI schätzen, dass sich der Strom nicht um einen Cent pro Kilowattstunde verteuern wird, sondern womöglich um das Fünffache. Die halbstaatliche Deutsche Energie-Agentur geht in einer internen Prognose von plus vier bis fünf Cent aus. Laut dem Verbraucherzentrale Bundesverband könnten es zusätzlich „durchaus fünf und mehr Cent je Kilowattstunde werden“.

Im Bundeswirtschaftsministerium kurtiert eine interne Berechnung, die über die offiziellen Verlautbarungen hinausgeht. Der durchschnittliche Drei-Personen-Haushalt wird demnach zunächst mit 0,5 bis 1,5 Cent pro Kilowattstunde be-

lastet und mittelfristig mit bis zu 5 Cent; das wären 175 Euro zusätzlich im Jahr. „Von wegen Milchkaffee“, höhnt Manuel Frondel vom RWI.

Das Problem ist die verquere Förderpolitik der Bundesregierung. Mehr als 13 Milliarden Euro müssen die Stromkunden bereits in diesem Jahr für die Subventionierung erneuerbarer Energien bezahlen. Am stärksten unterstützt werden Solaranlagen, die aber besonders wenig zur Stromerzeugung beitragen, sowie Offshore-Windanlagen im hohen Norden, die weit von den potentiellen Stromabnehmern im tiefen Süden entfernt sind.

Vor allem die Photovoltaik gilt inzwischen als Milliardengrab. Auf sie entfällt mittlerweile fast jeder zweite Euro aus dem Ökostrom-Fördertopf, dabei trägt sie nicht einmal ein Zehntel zur Ökostrom-Produktion bei. Und selbst darauf ist kein Verlass, weil man nie weiß, wo und wann hierzulande die Sonne scheint.

Aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen wäre es deshalb am besten, die Solarsubventionen drastisch zu streichen und das Geld an anderer Stelle auszugeben, etwa über ein technologieneutrales Fördersystem. An Land errichtete Windräder zum Beispiel sind deutlich effektiver als die Sonnenkraft. Bei etwa gleicher Fördersumme speisen sie bereits rund fünfmal mehr Strom ins Netz ein. Bei Wasserkraftwerken ist die Relation zwischen den Subventionen und der Stromerzeugung sogar sechsmal besser, bei Biomassekraftwerken immerhin dreimal.

„Wir versenken Milliarden in eine Technik, die am wenigsten bringt“, sagt der frühere Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt, heute Chef der RWE-Ökostrom-Tochter Innogy. Der von der Bundesregierung beauftragte Sachverständigenrat für Umweltfragen plädiert in seinem jüngsten Gutachten dafür, die Solarförderung stark einzuschränken.

„Unter Klimagesichtspunkten handelt es sich bei jeder Solaranlage um eine Fehlinvestition“, sagt Joachim Weimann, Umweltökonom an der Universität Magdeburg. Er hat ausgerechnet, dass es etwa 500 Euro kostet, um mit der Photovoltaik eine Tonne CO<sub>2</sub> einzusparen. Bei der Windkraft hingegen koste dieselbe Ersparnis nur 150 Euro, mit Hilfe von Gebäudesanierung gar lediglich 15 Euro.

Tatsächlich hatte Umweltminister Röttgen eigentlich vor, die Solarsubventionen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz deutlich zu kürzen. Doch dann kam der Reaktorunfall in Japan und als Folge die Energiewende in Deutschland dazwischen. Um jetzt möglichst schnell aus der Atomkraft aussteigen zu können, wird offenbar jede Kilowattstunde gebraucht, zu welchem Preis auch immer.

Welche Folgen die Solarförderung hat, werden die Bürger bereits der nächsten Abrechnung ihres Stromversorgers ent-

nehmen können. Pro Kilowattstunde Strom sind seit Jahresbeginn 3,5 Cent Öko-Zuschlag fällig, im vergangenen Jahren waren es nur gut zwei Cent. Und es wird immer teurer.

Seit die ersten Atommeiler vom Netz gingen, ist der Strompreis an der Leipziger Energiebörse um etwa zwölf Prozent gestiegen. Deutschland ist netto vom Stromexporteur zum -importeur geworden.

Mehrere Millionen Kilowattstunden kommen jeden Tag aus dem Ausland, wie sich am Rechner des europäischen Netzwerks der Fernleitungsnetzbetreiber in Brüssel anschaulich nachvollziehen lässt.

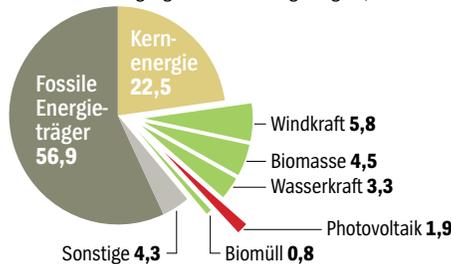
Regierungspolitiker Angela Merkel, Rösler  
Verquere Förderpolitik



MICHAEL GOTTSCHALK / DAPD

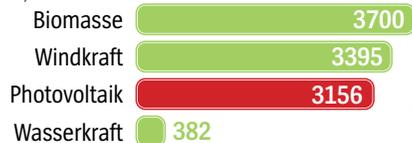
## Geringe Ausbeute ...

Strommix  
Bruttostromerzeugung 2010 nach Energieträgern, in Prozent



## ... trotz starker Förderung

Vergütung für die Einspeisung von Ökostrom  
2009, in Millionen Euro



DER SPIEGEL

Strompreis mit Steuern und Abgaben, 2010  
für Haushalte mit einem Verbrauch  
von 3500 kWh pro Jahr;  
in Cent pro Kilowattstunde (kWh)



Quellen: RWI, AG Energiebilanzen, Bundesnetzagentur

Länder, die gerade mehr Strom produzieren, als sie brauchen, sind auf den Monitoren gelb dargestellt, Länder, die auf Importe angewiesen sind, erscheinen blau. Deutschland zählte früher zu den gelben Ländern, doch seit sieben Atommeiler vom Netz gingen, ist blau die dominierende Farbe.

Der einst im eigenen Land produzierte Atomstrom kommt nun vor allem aus Tschechien und Frankreich – ist freilich teurer. Und der Strombedarf in Deutschland wird in den nächsten Jahren nicht zurückgehen, ganz im Gegenteil. Elektroautos sollen demnächst stundenlang am Netz hängen und ihre Batterien aufladen. Auch die neuen Wärmepumpen in den Passivhäusern brauchen Energie.

Die Vorstellung, der Bedarf könne in absehbarer Zukunft mit Hilfe von Solaranlagen gedeckt werden, löst in Fachkreisen Kopfschütteln aus. Etwa eine Million Anlagen gibt es bereits in Deutschland; ihre Maximalleistung beträgt zusammen fast 18 Gigawatt. Nominal reicht das, um alle noch verbliebenen deutschen Atomkraftwerke auf einen Schlag zu ersetzen. Doch das ist graue Theorie.

Ihre Höchstleistung rufen Solaranlagen nur im Labor und bei optimaler Bestrahlung (1000 Watt pro Quadratmeter), idealem Einstrahlungswinkel (48,2 Grad) und standardisierter Modultemperatur (25 Grad Celsius) ab. Außerhalb des Labors sind solche Werte selten. Nachts stellen alle Photovoltaikanlagen die Arbeit ein, im Winter passiert auch tagsüber wenig.

Umso erstaunlicher ist, dass die Bundesregierung so vehement auf Sonne setzt. Zwar wurden die Fördersätze für Solarstrom in den vergangenen Jahren schrittweise von über 50 Cent pro Kilowattstunde auf nunmehr gut 20 Cent gekürzt. Doch weil gleichzeitig auch die Solarmodule, die jetzt oft in China gefertigt werden, immer billiger wurden, lohnt sich das Geschäft weiterhin. Zwischen fünf und neun Prozent Rendite dürften Solaranlagen abwerfen, die dieses Jahr ans Netz gehen, sicher und vom Staat garantiert. Da können Bundesanleihen und Riester-Rente nicht mithalten.

Die Umverteilungswirkung dieser Solarförderung ist bemerkenswert, weil sie die von der Politik normalerweise gewünschten Verhältnisse auf den Kopf stellt. Die reichen Südländer Bayern und Baden-Württemberg, wo es besonders viele Solaranlagen gibt, kassieren; der Rest des Landes zahlt.

Innerhalb der Bevölkerung wandert das Solargeld zudem quasi von unten nach oben, von Arm zu Reich. Wer zur Miete in der Etagenwohnung lebt, bezahlt für das Solardach des Eigenheimbesitzers. Holger Krawinkel vom Verbraucherzentrale Bundesverband drückt es so aus: „Die normalen Bürger begleichen jetzt die Zeche.“

ALEXANDER NEUBACHER